

armen Gebiet in Afrika zu unterstützen. Insbesondere, wenn der Grund des Elends dort ein menschengemachter Konflikt ist, der einfach nie enden will.

Die Motivation, Gelder freizumachen, ist für Parlamentarier bei einer Naturkatastrophe eine ganz andere. Die Ergebnisse sind greifbarer. Es wird ganz offensichtlich Not bekämpft, und das oft mit guter Aussicht auf Erfolg.

Aber würde das nicht in eine Spaltung münden zwischen den Armen und den ganz Armen? Gäbe es damit nicht Bedürftige erster und zweiter Klasse?

Menck: Ich würde das Wort Spaltung nicht gern verwenden. Aber es wäre unrealistisch anzunehmen, dass die Entwicklungshilfegelder sich mittelfristig stark erhöhen. Und daher wird es zu Umverteilungsprozessen kommen. Natürlich muss man darüber nachdenken, dass man die Ärmsten der Armen nicht ohne Hilfe lassen kann.

Es wäre aber auch denkbar, dass sich die Ansprüche der Geber- gegenüber den Nehmerstaaten ändern. Dass beispielsweise Entwicklungshilfe an härtere Forderungen und eigene Anstrengungen geknüpft wird. Dass man mehr sichtbare Erfolge erwartet.

Die Flüchtlinge in der sudanesischen Provinz Darfur, die schuldlos Opfer mörderischer Milizen geworden sind, werden das nicht gerecht finden.

Menck: Ob das gerecht ist oder nicht, will ich gar nicht kommentieren. Möglicherweise ist es ungerecht. Aber der Druck wird sich erhöhen, diese Fragen werden kommen. Die Diskussion ist schon lange im Gang, und jetzt wird sie neuen Anschub bekommen.

Das Szenario lässt sich ja weiterspinnen: Wenn Entwicklungshilfegelder künftig flexibler als bislang verteilt würden – gä-

be es da nicht die Gefahr, dass sie nach Interessenlage eingesetzt werden, als Instrument der Außenwirtschaftspolitik?

Menck: Es könnte in der Tat dazu kommen, dass die Entwicklungspolitik einen Teil ihrer Unschuld verliert oder besser gesagt: ihrer vermeintlichen Uneigennützigkeit. Katastrophen wie der Tsunami treffen sowohl arme als auch weniger arme Regionen. Und die Geber könnten ihre jeweilige wirtschaftliche Interessenlage immer wieder neu bewerten.

Wenn man genau hinsieht, tun sie es ja jetzt schon. Nach dem Tsunami haben Regierungen, aber auch private Unternehmen erhebliche Summen bereitgestellt. Der Ex-Siemens-Chef Heinrich von Pierer hat die Industrie persönlich zu Großzügigkeit aufgerufen. Und weshalb? Weil alle genau wissen, dass jede Spende dort peinlich genau registriert wird. Und wehe, sie ist zu klein! Da kann man auf Jahre hinaus raus sein aus dem Markt.

Stellen Sie sich vor, die Katastrophe hätte beispielsweise Nepal getroffen. Oder ein afrikanisches Land ohne große wirtschaftliche Bedeutung. Natürlich hätte es auch dort humanitäre Hilfe gegeben, aber die Dynamik wäre eine ganz andere gewesen. Ein vergleichbar großes Erdbeben in Südamerika hätte dagegen wohl ähnliche Spendenwellen zur Folge gehabt wie jetzt in Südostasien.

Meine These ist, dass die Verbindung zwischen Wirtschaftsinteressen und Hilfsgeldern mit der zunehmenden Bedeutung von Katastrophenhilfe stärker wird. Ob das positiv ist, muss man im Einzelfall sehen. Immerhin würde so eine gewisse Ehrlichkeit geschaffen. Denn die Wirtschaftsinteressen sind ja schon heute vorhanden.

Wie steht es um die Folgen für die innere Struktur der betroffenen Länder?

Menck: Der Wiederaufbau könnte zu einer Revitalisierung des Finanzsektors in der Region beitragen. Viele der betroffenen Menschen sind Fischer, denen man nicht einfach mit ein wenig Saatgut helfen kann. Neue Schiffe, neue Motoren, neue Netze – das sind Investitionen von mehreren zehntausend Dollar pro Person. Die Mikrobanken, die in unterentwickelten Regionen Kleinstkredite vergeben, können diese Finanzierungsaufgaben vermutlich nicht wahrnehmen. Man wird jetzt auch mittelgroße Banken brauchen, um das nötige Kreditvolumen bereitzustellen.

Das Problem ist ja, dass viele Menschen nicht nur ihre Papiere, sondern auch ihre Altersvorsorge verloren haben, die ja in diesen Ländern oft in Schmuck angelegt ist. Das Bankensystem könnte damit einen ganz neuen Stellenwert bekommen. Und das kann im besten Falle stimulierend wirken – vor allem auf eine Schicht, die wir wahrscheinlich Mittelstand nennen würden: kleine Hausbesitzer oder Gewerbetreibende, die damit einen soliden Zugang zu Finanzierungen bekommen würden.

Warum glauben Sie, dass ausgerechnet diese Katastrophe solche strukturellen Veränderungen herbeiführen kann, während sich nach früheren Großereignissen nie etwas geändert hat?

Menck: Die Strukturen in der Zusammenarbeit zwischen armen und reichen Ländern sind ohnehin in Bewegung. Und wenn wir in einigen Jahren zurückblicken, dann werden wir möglicherweise erkennen, dass es die Erfahrungen mit der Katastrophenhilfe nach der Flutwelle waren, die viele Lernprozesse erst wirksam angestoßen haben.

Denn der Tsunami war – das soll jetzt nicht zynisch klingen – eine „saubere“ Katastrophe: Es gibt keine Schuldigen, sodass man sich nicht mit einem Fingerzeig auf deren Untaten ablenken könnte von der eigenen Verantwortung für die in Not geratenen Menschen. Deshalb – und natürlich auch wegen

Für Katastrophenhilfe wird mehr Geld zur Verfügung stehen – für Entwicklungshilfe eher weniger